

*Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen  
beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

28. Januar 2016

## **Geflüchtete Familien in Deutschland:**

### **Bedarf an gezielter Unterstützung, Forschung und politischer Moderation**

Die Bilder schutzsuchender Menschen, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche, haben in Deutschland eine große Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bemühen sich seit vielen Monaten um eine lebendige und kreative Willkommenskultur. Neben den hauptberuflichen Fachkräften aus unterschiedlichen Bereichen zeigt sich ein beeindruckendes ehrenamtliches Engagement quer durch alle Bevölkerungsgruppen. Durch dieses Engagement sind in den vergangenen Monaten Schutz und Versorgung für viele Menschen allen Alters erfahrbar geworden.

Die erste Aufgabe unter allen momentanen Herausforderungen stellt die Unterbringung und Versorgung sowie bei Bedarf auch eine psychosoziale Betreuung nach der Ankunft in Deutschland dar. Mittel- und langfristig geht es jedoch darum, die Voraussetzungen für soziale Teilhabe der Neuzuwanderer zu schaffen – beim Erlernen der deutschen Sprache zu helfen, die Integration von Kindern und Jugendlichen in das Bildungssystem auf den Weg zu bringen sowie die Integration der Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Mit der Frage nach Dimensionen und Ausmaß sozialer Teilhabe legt der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen dieser Tage ein

Gutachten über „Migration und Familie“ vor, das sich auf Bildung, soziale Netzwerke und Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien mit Migrationshintergrund bezieht. Die herangezogenen Daten geben Auskunft über diejenigen, die überwiegend schon lange in Deutschland leben oder hier geboren wurden. Die rund eine Million Menschen, die jetzt auf Schutz und Asyl in Deutschland hoffen und von denen eine noch unbekannte Zahl dauerhaft bleiben wird, konnten in diesem Gutachten mangels geeigneter Daten noch nicht berücksichtigt werden.

Menschen auf der Flucht haben bisher generell zu wenig Aufmerksamkeit in der Forschung erhalten. Doch die im Gutachten gesammelten Daten und Analysen ermöglichen grundlegende Einsichten zur Bedeutung sozialer Teilhabe in einer heterogenen und durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft sowie zu Maßnahmen, die es den Menschen ermöglichen, hier Fuß zu fassen und Perspektiven für sich selbst und ihre Kinder zu entwickeln. Insofern hoffen wir, mit dem Gutachten auch Perspektiven für soziale Teilhabe der aus ihrer Heimat geflüchteten und nach Deutschland zugewanderten Menschen bieten zu können.

Ein zentraler Anknüpfungspunkt ist aus Sicht des Beirats der Zusammenhalt in den Familien: Bereits länger in Deutschland lebende Personen mit Migrationshintergrund weisen im Vergleich zur sonstigen Wohnbevölkerung ausgeprägte Bindungen an ihre Familien auf. Diese Bindungen haben teils historische Wurzeln, vielfach werden sie auch durch die gemeinsamen Migrationserfahrungen verstärkt. Die familiären Bindungen erweisen sich im Hinblick auf Wohlergehen und gesellschaftliche Teilhabe der Personen mit Migrationshintergrund als großes Potenzial, zuweilen können sie die Integration aber auch erschweren. Grundsätzlich zeigen die Analysen im Gutachten, dass Integration und Teilhabe immer auch eine Familienangelegenheit sind und dass z.B. Anstrengungen zur besseren Integration von Kindern auf die Situation und etwaige Probleme der Eltern eingehen müssen. Diese Einsichten dürften nach ersten Erfahrungen auf geflüchtete Familien übertragbar sein. Als besonders schwierig stellt sich daher die Situation dar, wenn Familien durch Krieg und Flucht räumlich auseinandergerissen wurden. Dies gilt für Familien, die sich in unterschiedlichen Ländern in Asylverfahren befinden, für junge Frauen und Männer, die ihre Kinder und Ehepartner in den Herkunftsländern zurücklassen mussten, und vor allem für die hohe Zahl unbegleiteter Minderjähriger. Die Zusammenführung von Familien und die aktuelle Frage des Familiennachzugs sollte deshalb nicht nur aus humanitären Gründen, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen Ressourcen und Potenziale gestaltet werden. Gleichwohl stellt die Integration der Betroffenen unsere Gesellschaft vor weitere Fragen, auf die wir bislang noch keine zufriedenstellenden Antworten haben. Kinder und Jugendliche, die hier ankommen, hoffen auf ein besseres Leben und bringen in der Regel sehr viel Potenzial mit. Viele von

ihnen waren aufgrund der Situation in ihrem Herkunftsland und der Flucht aber lange nicht in der Schule. Erlebnisse im Bürgerkrieg in Syrien, Afghanistan oder Irak sowie Erlebnisse während der Flucht führen zudem zu enormen Belastungen. Nach ersten Erkenntnissen ergeben sich häufig Traumatisierungen, die bei Kindern zu ernsthaften sozialen, emotionalen und Entwicklungsstörungen führen können. Mädchen und junge Frauen haben dabei ein höheres Risiko, auch aufgrund von sexualisierter Gewalt im Kontext von Flucht und Vertreibung sowie bei Unterbringung im Aufnahmeland. Erhöhte Raten psychischer Belastungen bei weiblichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen reflektieren diese zusätzlichen geschlechts- und altersspezifischen Gefährdungen. Nach der Ankunft in Deutschland stehen diese Menschen vor weiteren, eventuell sehr belastenden Situationen, die die Verarbeitung solcher Erfahrungen erschweren: Unterbringung in Massenunterkünften, Unsicherheit über den Ausgang des Asylverfahrens und die persönliche Zukunft, Erfahrungen von Diskriminierung und ausländerfeindlichen Bedrohungen, Probleme mit Behörden und mit der deutschen Sprache, kurz- bis mittelfristig keine oder nur wenig anregende Beschäftigung und Bildung für Kinder und Jugendliche. Die Risiken für die kindliche Entwicklung nehmen erheblich zu, wenn die Eltern selbst von belastenden und traumatisierenden Erfahrungen betroffen und deshalb nicht ausreichend in der Lage sind, eine stabile, fördernde und sichere Umgebung für ihre Kinder zu schaffen. Das kann dazu führen, dass Kinder und Jugendliche ihre Eltern oft als verunsichert, durch Sprachprobleme eingeschränkt und inaktiv erleben, weil sie zum Beispiel keiner Erwerbsarbeit nachgehen dürfen. Die Erlaubnis zu arbeiten, ein gesicherter Aufenthaltsstatus und gesellschaftliche Akzeptanz tragen dagegen erheblich zur

Normalisierung des Alltags und zum Wohlbefinden der Familien bei.

Folgende Handlungsfelder stehen mit Blick auf Familien im Mittelpunkt:

- Unterstützung für Familien bei der Ankunft und Integration
- Forschung und Evaluation
- Moderation aller Maßnahmen und Rückkehr zu geordneter Planung

**Unterstützung für Familien:** Bei der Ankunft muss auch in Erstaufnahme-Situationen eine wenigstens minimale Privatsphäre für Frauen und Familien mit Kindern gewährleistet und geschützt werden. Als geboten erscheint es zudem, die Aufrechterhaltung von Familienkontakten und die Zusammenführung von bei der Flucht getrennten Familien zu unterstützen. Moderne technische Möglichkeiten, Kontakte aufrecht zu erhalten, z.B. über das Internet, sind hier von zentraler Bedeutung, ebenso wie Suchdienste und Unterstützung durch Behörden bei der Familienzusammenführung. Bei Entscheidungen über die weitere Aufnahme von Flüchtlingen sollte die Politik bedenken, dass die Integration der bereits Angekommenen ohne Familiennachzug erschwert wird.

Beim Übergang zur Integration besteht ein enormer Bedarf an gezielten, alltagsorientierten Unterstützungsmaßnahmen für Familien, auf die diese nötigenfalls aktiv aufmerksam gemacht werden müssen. Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Bildung spielen dabei eine große Rolle. Während in städtischen Ballungsräumen Erfahrungen mit kultursensitiven Angeboten für Menschen aus anderen Kulturkreisen reichlich vorhanden sind, ist dies in ländlichen Regionen seltener der Fall. Wegen der

angestrebten gleichmäßigen Verteilung der Familien in Deutschland brauchen pädagogische Fachkräfte und Lehrpersonal dort möglicherweise ihrerseits Unterstützung. Besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, in diesen Einrichtungen einen schnellen Erwerb deutscher Sprachkenntnisse zu fördern.

Schon in den Erstunterkünften sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, emotional und psychisch belastete Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien adäquat zu unterstützen und die Herausbildung von Störungen und psychischen Erkrankungen zu verhindern. Geschieht dies nicht, hat das Folgen für die einzelnen Menschen, und es drohen zudem langfristige Auswirkungen für unsere Sozialsysteme, nicht zuletzt für das Gesundheitssystem. Bei der Bewältigung dieser Aufgaben kann durchaus auf bewährte, teils einfach und niederschwellig ansetzende Programme zurückgegriffen werden, um den Integrationsprozess von Anfang an hilfreich und wirksam zu unterstützen.

**Forschung:** Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind in erste Projekte eingebunden, mit denen erfasst werden soll, wer die Zugewanderten sind und welche Erfahrungen und Fähigkeiten sie mitbringen, welche besonderen Risikogruppen darunter sind, und welche institutionellen Angebote diese Gruppen erreichen. Gleichwohl ist darüber hinaus intensive qualitative und quantitative Forschung nötig, um viele offene Fragen zu klären. Interventionen müssen evaluiert und ggfs. evidenzbasiert weiterentwickelt werden, um sicher zu stellen, dass sie den Bedürfnissen der Flüchtlingsfamilien gerecht werden und die gewünschten Ergebnisse für die Kinder, Eltern und Gemeinden erbringen. Gleichzeitig gilt es, die so gewonnenen Erkenntnisse wieder zurück in die Praxis zu vermitteln. Neben

anwendungsorientierten Forschungsprojekten mit eher kurzen Laufzeiten sollte auch die Chance für Längsschnitt-orientierte Ansätze der Grundlagenforschung genutzt werden. Obwohl weltweit Millionen Kinder auf der Flucht sind, verfügen wir nur über sehr begrenzte Erkenntnisse dazu, welche Einflussfaktoren positive Wirkung auf die psychosoziale Situation, die Bildung und Entwicklung dieser Kinder haben.

**Moderation:** Die politischen Aufgaben, die sich im Hinblick auf Betreuung, Bildung, Arbeitsmöglichkeiten und Gesundheit von geflüchteten Menschen ergeben, betreffen verschiedene Ressorts und Kompetenzen von Bund, Ländern und Gemeinden. Um zu gewährleisten, dass diese Aufgaben im Zusammenhang gesehen und ohne Betriebsblindheit und Schnittstellenprobleme bearbeitet werden, ist nicht unbedingt eine Zentralisierung, wohl aber eine Moderation aller Einzelaktivitäten nötig. Zusammenhalt und Entwicklung von Familien entlang der Zeitachse des Aufwachsens von Kindern zu jungen Erwachsenen markieren charakteristische Anforderungen und Schnittstellen zu jeweils unterschiedlichen Institutionen und Politikbereichen. Wenn beispielsweise für die Entwicklung und Finanzierung von Maßnahmen zur Integration und Bildung der Kinder im Elementarbereich sowie für niederschwellige Angebote für ihre Eltern in Kinderbetreuungseinrichtungen jeweils unterschiedliche Abteilungen oder sogar unterschiedliche Institutionen zuständig sind, bietet dies unter optimalen Bedingungen eine Chance zu Kooperation und zur Entwicklung von Synergieeffekten. Unter suboptimalen Bedingungen entsteht die Gefahr der Verschwendung dringend benötigter Ressourcen und –aus der Sicht der Kinder- der fehlenden Verwirklichung der ihnen zustehenden Chancen. Gerade weil sie im Schnittfeld zahlreicher anderer Ressorts agiert,

kann und sollte Familienpolitik die nötige Abstimmung aller beteiligten Ressorts und Ebenen moderieren und damit eine Schlüsselrolle bei der Abstimmung der anstehenden Aufgaben übernehmen.

Schließlich sollten Politik und Verwaltung aus dem vorübergehend erforderlichen Krisenmodus nun möglichst bald wieder in eine weitsichtigere Vorgehensweise umschalten. Vor allem müssen sie die durch die Zahl und die Altersstruktur der Flüchtlinge veränderte Ausgangslage bei zukünftigen Versorgungsplanungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und anderen für die Teilhabe zentralen Feldern berücksichtigen, die das jüngste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats identifiziert hat.

Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen des BMFSFJ berät seit seiner Gründung 1970, in der jetzigen Form, mehr als 40 Jahre das Bundesfamilienministerium in unabhängigen gutachterlichen Äußerungen zu familienpolitischen Themen.

*Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Ministerium/beiraete,did=9388.html>

*Das Gutachten Migration und Familie erscheint im Springer VS. Die Preview ist unter folgendem Link abrufbar:*

<http://www.springer.com/de/book/9783658122362>

*Aktuelle Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen:*

Prof. Dr. Sabine Andresen  
Prof. Dr. Miriam Beblo  
Prof. Dr. Claudia Diehl  
Prof. Dr. Martin Diewald  
Prof. Dr. Heiner Fangerau  
Prof. Dr. Jörg M. Fegert  
Prof. Dr. Irene Gerlach  
Prof. em. Dr. Kurt Hahlweg  
Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld  
Prof. Dr. Birgit Leyendecker  
Prof. Dr. Notburga Ott  
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach  
Prof. Dr. Kirsten Scheiwe  
Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Sabine Walper  
Prof. Dr. Martin Werding

*Ständige Gäste*

Dr. Jürgen Dorbritz  
Prof. em. Dr. Dr. Siegfried Keil